

1. Kreisdelegiertenkonferenz in Schöneiche

DIE LINKE in Oder-Spree gegründet

Auch in unserem Kreis sind PDS und WASG Geschichte und DIE LINKE jetzt Gegenwart. Am 06. Oktober 2007 trafen sich 50 Delegierte beider Parteien aus dem Landkreis Oder-Spree und Gäste aus nah und fern in der Schlosskirche in Schöneiche, um DIE LINKE auf Kreisebene zu gründen.

Der erste Tagesordnungspunkt dieser Veranstaltung fand außerhalb des wunderschönen Saales statt. Man traf sich am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus in Schöneiche und ehrte diejenigen Menschen, die gegen die verbrecherische Diktatur und Krieg gekämpft und ihr Leben gelassen

wie diese großen Ideale in unserem Kreis konkret umzusetzen sind. Die Kreistagsfraktion berichtete über den Wettbewerb gegen rechtsradikale Aktivitäten und über die ganz alltägliche Arbeit im Parlament: Anträge zum Kreishauhalt, zur Schulpolitik, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, zur Kinder- und Jugendpolitik und zur Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge, speziell zum öffentlichen Personen-Nahverkehr und zur Abfallentsorgung.

Der alte und neue Kreisvorsitzende der LINKEN, Stephan Wende, zog Bilanz der Arbeit der letzten beiden Jahre, deren Schwerpunkt die Parteineugründung war. „Wir haben einen historischen Schritt getan. Die neue Partei ist geschaffen und sie zeigt Wirkung in Deutschland“, sagte er. Für die 648 Genossinnen und Genossen im Landkreis Oder-Spree war der Prozess der Parteineubildung ein anstrengender Abschnitt, der mit der Urabstimmung einen Höhepunkt, aber keinesfalls seinen Abschluss fand. Es gab so manche Debatte über die Gründungsdokumente der neuen Partei. Sie wird in eine Programmdiskussion münden.

2008 steht die Kommunalwahl im Mittelpunkt unseres Handelns

Im Kreis brachte uns diese Zeit Selbstbewusstsein und Fortschritt in der Struktur unserer Parteiorganisation. In Grünheide wurde wieder eine Ortsgruppe gebildet. Die Gründung des Regionalverbandes →

haben. Peter Hochmuth berichtete in bewegenden Worten über seine Kindheits Erinnerungen, an die Emigrationszeit an der Seite seiner Eltern in Belgien und die Briefe seines Vaters, die Häftlingskameraden auf Außenkommando illegal an der Zensur des Zuchthauses Brandenburg vorbei auf den Postweg brachten. „Es ist unsere Verantwortung, heute dafür zu sorgen, dass die Feinde der Demokratie nicht wieder das Leben in unserem Land bestimmen können. Die NPD und andere rechtsradikale Parteien gehören verboten.“

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus war eine der Leitlinien der gesamten Kreisdelegiertenkonferenz. Ziele der neuen LINKEN sind Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, konsequenter Antifaschismus und Frieden. Die Genossinnen und Genossen berieten darüber,



Die Millionen Opfer des deutschen Faschismus sind den LINKEN immer während Mahnung und Verpflichtung, für eine Welt des Friedens und der Freiheit einzutreten.



In dieser Ausgabe:

DIE LINKE in Oder-Spree – sozial gerecht, demokratisch, antifaschistisch! **2**

DIE LINKE weiter im Aufwind **4**

Linke Irrtümer **5**

Kreistag Oder-Spree gehört in europäischen Rat der Gemeinden und Regionen **5**

Landtagsreport **6**

- Die Wissenschafter trifft keine Schuld
- Besuch im Bechstein-Gymnasium Erkner
- MdL Renate Adolph in Woltersdorf fragte Gesprächspartnerin

Ein interessanter Parteieintritt **8**

Auf Platz 1 in Deutschland: www.sarrach.de **9**

Gemeinsamer Widerstand verbindet Völker **11**



Blick in den Tagungssaal – historische Schloßkirche Schöneiche

Fürstenwalde/Storkow und der Eintritt einiger junger Genossen führten zur Reaktivierung des Parteilebens dort. Neben den erfreulichen Nachrichten musste Stephan Wende auch über Probleme berichten. Wir haben es zwar geschafft, die so genannten weißen Flecken,

die Dörfer und Regionen, in denen die LINKE keinen oder nur wenig Einfluss hat, nicht wachsen zu lassen. Sie sind aber auch nicht kleiner geworden. Es wird Aufgabe des neuen Kreisvorstandes sein, die Öffentlichkeitsarbeit auf den im nächsten Jahr kommenden Wahlkampf einzustellen. Die Menschen in Oder-Spree sollen die Mitglieder der LINKE nicht nur am Infostand oder bei der Plakatierung sehen, sondern immer dort, wo Hilfe, Protest oder Widerstand nötig ist. „Wir müssen hier aber auch realistisch sagen, was wir können und was nicht“; betonte Stephan Wende.

Die Gründungsversammlung der LINKEN in Oder-Spree war auch Anlass, eine Zwischenbilanz unserer Diskussion über das Leitbild für das Land Brandenburg zu ziehen. Sie ist uns eine Hilfe bei der Vorbereitung des Wahlprogramms, mit dem die LINKEN in den Kommu-

nalwahlkampf 2008 ziehen wollen. Arbeit, von der Menschen leben können, für die Region, Bildung für alle, Entwicklung des ländlichen Raums, Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die Schwerpunkte. Wir wollen verhindern, dass rechtsradikale Vertreter in unsere Parlamente einziehen.

Dr. Gesine Löttsch, Abgeordnete der LINKEN im Bundestag, war Gast des Gründungskongresses im Landkreis Oder-Spree. Sie machte uns Mut und stärkte unser Selbstbewusstsein, indem sie uns zeigte, dass wir die einzige Partei sind, die konsequent in allen Ebenen für Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, für gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West, für Mindestlohn und eine finanzielle Umverteilung von oben nach unten eintritt.

Dr. Elvira Strauß, Erkner, stellvertretende Vorsitzende des Kreisvorstandes



Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE in Oder-Spree v.l.n.r. Peer Jürgens, Hannelore Meißner, Stephan Wende, Dr. Elvira Strauß, Friedrich Hrdina, Ute Ulrich, Friethjof Bastian, nicht auf dem Foto Carola Meyer, Cornelia Winkel

Kreisvorstand DIE LINKE Oder-Spree

Vorsitzender
stellv. Vorsitzende
Schatzmeister
Mitglieder

Stephan Wende, Fürstenwalde
Dr. Elvira Strauß, Erkner
Friedrich Hrdina, Bad Saarow
Friethjof Bastian, Petersdorf
Peer, Jürgens, MdL, Erkner
Carola Meyer, Schöneiche
Hannelore Meißner, Eisenhüttenstadt
Ute Ulrich, Storkow
Cornelia Winkel, Grünheide

Schöneicher Erklärung vom 6. Oktober 2007

Zeit für Neues:

DIE LINKE in Oder-Spree – sozial gerecht, demokratisch, antifaschistisch!

DIE LINKE in Oder-Spree gründet sich auf den Erfahrungen der Partei des Demokratischen Sozialismus und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit.

Wir, die Mitglieder beider ehemaliger Parteien, haben uns zusammengefunden, um in einer neuen gemeinsamen Partei DIE LINKE Kräfte zu bündeln im Ringen um gesellschaftliche Veränderung, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden.

Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen für uns zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung unserer politischen Ziele dar, mehr noch: Für uns ist demokratischer Sozialismus Ziel, Weg und Wertesystem gleichermaßen.

Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Sicherheit gehören für uns untrennbar zusammen, sie bedingen einander.

Es bleibt unser Ziel, den Kapitalismus zu überwinden. Dies beginnt für uns im Hier und Jetzt. Wir, DIE LINKE in Oder-Spree, wissen um die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie sind für uns als parlamentarische wie außerparlamentarische Kraft der Ansatzpunkt

realer Veränderungsprozesse. Für DIE LINKE in Oder-Spree bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein strategisches Dreieck.

DIE LINKE in Oder-Spree will eine Partei der gesellschaftlichen Veränderung hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit sein. Deshalb setzt die Partei auf Selbstentwicklung und Pluralismus. Unter Selbstentwicklung verstehen wir die Fähigkeit, unser eigenes Handeln vor dem Hintergrund einer sich ständig wandelnden Gesellschaft kritisch zu reflektieren und gleichzeitig unsere Ziele zu aktualisieren. Pluralismus bedeutet für uns das bewusste Aufnehmen und Anerkennen humanistischer linker Handlungen und Denkweisen.

Wir streiten für eine innerparteiliche Demokratie, in der die Entscheidungen durch Mehrheiten getroffen und Minderheiten zugleich geachtet, respektiert und geschützt werden.

DIE LINKE in Oder-Spree wird ihren Beitrag leisten, um den Anspruch der Programmatischen Eckpunkte einzulösen. →

Wir wollen ein linke Partei entwickeln, wie es sie bisher in Deutschland noch nicht gab: Linke einigend, demokratisch und sozial, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend, für Gleichberechtigung der Geschlechter eintretend, ökologisch, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch. Wir verstehen uns als Teil der europäischen Linken, der sozialen Bewegungen und der Friedensbewegung. Unseren Kampf für den Frieden verbinden wir mit der Forderung, die Bundeswehr nicht außerhalb Deutschlands einzusetzen und den Waffenexport einzustellen.

DIE LINKE in Oder-Spree versteht sich als eine Partei für den Alltag! Das war und ist unser Markenzeichen. Wir helfen, wo Hilfe notwendig, aber auch wo Protest und Widerstand erforderlich sind. Wir sind bei den Menschen vor Ort, wir sind die Ansprechpartner für die Sorgen, Probleme und Wünsche der Menschen. Wir wenden uns aktiv gegen Diskriminierungen jeglicher Art. Wir sind in Rathäusern, Kommunalvertretungen und im Landtag aktiv. Die parlamentarische Arbeit ist aber nichts ohne die Partei als Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten, die sich vor allem außerparlamentarisch engagieren.

Wir sehen uns als LINKE Herausforderungen gegenüber, objektiven Gegebenheiten und Entwicklungen, die wir nicht leugnen, sondern auf die es zu reagieren gilt: Globalisierung, technologische Entwicklung, Auflösung alter sozialer Milieus, Vernetzung und Komplexität moderner Gesellschaften, demografischer Wandel und Klimawandel oder die Entwicklung der Produktivkräfte. Diese Herausforderungen nehmen wir ernst und stellen uns ihnen.

Auch in Oder-Spree sind die Folgen dieser Entwicklungen spürbar – für viele Bürgerinnen und Bürger sind sie nicht zuletzt durch Entscheidungen der politischen Mehrheiten in Land und Bund oder auf internationaler Ebene mit tiefen persönlichen und sozialen Einschnitten verbunden. DIE LINKE muss darum immer wieder deutlich machen, wie dringend notwendig und möglich politische Alternativen sind. Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

Es geht um reale Veränderung der Lebenssituation vieler Menschen in unserem Landkreis. Wir wollen der Abwanderung entgegen wirken und vor allem jungen Menschen eine gute Bildung und Ausbildung, eine Arbeit, von der man leben und eine Familie gründen kann, kurz – eine Zukunft geben, gerade auch hier bei uns in der Region. Das wird ihnen derzeit von der herrschenden Politik verbaut.

Deshalb müssen die Weichen umgestellt werden. Wir arbeiten mit am Leitbild für das Land Brandenburg, indem wir in Gedankenaustausch mit den Bürgern eine Entwicklungskonzeption für das Territorium Oder-Spree entwerfen. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung statt Rente mit 67, bezahlbares Wohnen, längeres gemeinsames Lernen, Kindertagesstätten mit einem Bildungsauftrag und kostenlosem Mittagessen, Möglichkeiten für lebensbegleitendes Lernen bis ins Alter und interessante wohnortnahe Freizeitangebote.

Gegen die existenzgefährdende Umweltzerstörung, sichtbar am sich abzeichnenden Klimawandel, setzen wir auf einen sozialökologischen Umbau, der Arbeitsplätze schafft, der auf regenerative Energieerzeugung setzt, die Versorgungsnetze in öffentliche Hand überführt und die öffentliche Daseinsvorsorge der Marktlogik entzieht.

Für unsere politischen Forderungen und Konzepte suchen wir Bündnispartner in-ner- und außerhalb der Parlamente. Die Erfahrungen von Linkspartei.PDS und WASG zeigen, wie wichtig dies für eine wirkungsmächtige LINKE war und ist.

Gemeinsam laden wir alle interessierten Menschen aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen, Ältere und Junge, Menschen mit und ohne Arbeit sowie unterschiedlicher Herkunft und Sozialisierung, Selbständige und Unternehmer ein, mit uns gemeinsam für eine andere Politik in Oder-Spree und Deutschland zu streiten. Wir protestieren gegen gesellschaftliche Missstände. Wir arbeiten an konkreten Verbesserungen durch die Entwicklungen und Durchsetzung sozialistischer Reformalternativen und streiten für alternative Entwicklungswege. Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit sind für uns keine Widersprüche, sondern Grundbedingung für die Gestaltung der Zukunft. Deshalb unterstützen und bekräftigen wir den Ruf des Gründungsparteitages in Berlin: Freiheit und Sozialismus – das ist die Antwort und zugleich die Herausforderung an DIE LINKE.

Menschenrechte sind unteilbar, die unantastbare Würde und gleiche Rechte gelten für jeden Menschen gleich welchen Geschlechtes, welcher Herkunft und Lebensweise. DIE LINKE kämpft gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt. Gewaltbereite, in unterschiedlichem Maß ideologisierte Neonazis sind eine Bedrohung für alle Menschen, die nicht in deren begrenztes Weltbild passen oder sich ihnen entgegenstellen. Eine antifaschistische Grundhaltung ist unverrückbarer Bestandteil unserer Politik.

Deshalb setzen wir gegen zunehmenden Antisemitismus, Rassismus und

Neofaschismus unseren demokratischen Widerstand. Wir unterstützen antifaschistische Bildungsarbeit und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Wir wenden uns gegen die zunehmende Einschränkung demokratischer Bürgerrechte und die wachsende Politikerverdrossenheit, indem wir auf mehr direkte Demokratie, mehr Mitentscheidungsrechte für die Bürgerinnen und Bürger und der von ihnen gewählten Vertreter in den Parlamenten setzen. Wir treten ein für mehr Transparenz und Öffentlichkeit in den politischen Entscheidungsprozessen.

Für uns ist der heutige Tag ein Signal nach außen und nach innen. Nach der Gründung auf der Bundes- und Landesebene gibt es ab heute mit DIE LINKE auch in Oder-Spree eine Plattform für eine andere, eine bessere Politik. Insofern ist der heutige Tag kein Endpunkt, sondern ein Startschuss für uns und für eine andere, eine linke Region Oder-Spree.

Eine andere Welt ist möglich.
DIE LINKE in Oder-Spree ist bereit.

Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.

Wettbewerb der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag LOS

DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag des
Landkreises Oder-Spree

Unser Nachbar hatte Mut

Ausländer werden auf deutschen Straßen gehetzt. Im braunen Sumpf wurzelnde politische Aktivitäten sind auch in unserer Region nicht mehr zu übersehen. Dagegen hilft nur aktives Engagement.

Auch in unserem Landkreis gab und gibt es Menschen, die sich mit dem Einsatz ihrer ganzen Person dem Wüten der braunen Barbarei entgegenstellten. Ihr Vorbild soll auch und gerade heute Menschen zu engagierten politischen Handeln beflügeln. Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder Spree lobt dafür den Wettbewerb

Unser Nachbar hatte Mut – Antifaschistischer Widerstand in Oder-Spree

für Jahresarbeiten von Schülern, thematische Initiativen von Jugendklubs und anderen Jugendinitiativen mit Sitz/Wohnsitz im Landkreis Oder Spree aus. Das Preisgeld beträgt

1. Platz – 300 € • 2. Platz – 200 € • 3. Platz – 100 €.
Wettbewerbsbeiträge sind bis zum 30. Juni 2008 bei der
Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree
Rudolf-Breitscheid-Straße 7 • 15848 Beeskow
anzumelden. Unter dieser Anschrift ist ab dem 1. Oktober 2007 die ausführliche Wettbewerbsausschreibung erhältlich. Die Ehrung der Preisträger erfolgt zum Weltfriedenstag im September 2008.

Kontakt: artur.pech@dr-pech.de



Partei DIE LINKE in Brandenburg gegründet

DIE LINKE weiter im Aufwind

Der am 8. September 2007 gewählte 20-köpfige Vorstand der Partei DIE LINKE Brandenburg

Wahlergebnis des Landesvorstandes

- Vorsitzender **Thomas Nord** Kulturwissenschaftler, 88,4 Prozent
 - Stellvertreter **Dr. Kirsten Tackmann**, Tierärztin, MdB, 94,4 Prozent
 - Christian Eicke** Richter, 76,1 Prozent
 - Mitglieder
- Die gemeinsame Liste wurde mit 80,4 Prozent gewählt. Aus unserem Landkreis ist Dagmar Püschel als Mitglied im Landesvorstand

Der Gründungsparteitag unserer neuen Partei DIE LINKE im Land Brandenburg fand am 8. September 2007 erfolgreich statt. Damit wurde die Vereinigung der beiden größten deutschen linken Parteien in unserem Bundesland vollzogen.

Als Tagungsort war das „Cultur Congress Centrum“ in Brandenburg an der Havel, der ältesten und auch namengebenden Stadt unseres Landes gewählt worden, in dem sich 186 Delegierte der beiden Vorgängerparteien Linkspartei.PDS und WASG, sowie eine Reihe von Gästen aus anderen deutschen Bundesländern und der Tschechischen Republik einfanden.

Den Auftakt des Parteitages bildeten Kranzniederlegungen im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg-Görden und an der Euthanasie-Gedenkstätte am Nikolaiplatz durch den Landesvorstand und die Landtagsfraktion.

Es gab eine Eröffnungsrede, diverse Formalien abzuarbeiten und

je eine Rede der Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS, Thomas Nord und der WASG, Dr. Steffen Hultsch. Besonders hervorheben möchte ich hier die Grußansprache der Brandenburger Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Tiemann (CDU), die neben den üblichen Höflichkeiten von sich aus in einer klaren und an Deutlichkeit kaum zu übertreffenden Form gegen jede Form von Faschismus, insbesondere gegen die in letzter Zeit aktiver auftretende NPD Stellung bezog.

Es folgten Landessatzung und -finanzordnung, nach deren Verabschiedung der Weg zur formellen Gründung des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg frei war. Der Gründungsbeschluss stimmten alle 186 Delegierte zu.

Nach der Mittagspause wurden einige Neumitglieder begrüßt. Es gab eine Talkrunde mit Klaus Ernst (MdB, Fraktion DIE LINKE), Dr. Kirsten Tackmann (MdB, Fraktion DIE LINKE), Heinz Vietze (MdB, Fraktion DIE LINKE), Doro Zinke (DGB Brandenburg) und Prof. Jürgen Dittberner (Universität Potsdam) zu dem Thema „Das schaffen wir mit links – DIE LINKE als neue gesamtdeutsche Kraft“.

Da der neue Landesverband auch handlungsfähig sein muss, galt es einen neuen Landesvorstand zu wählen. Dazu, das sollte man ruhig offen sagen, gab es im Vorfeld Absprachen, die dem Ziel dienten, auf der einen Seite einen satzung-

konformen Vorstand zu wählen und auf der anderen Seite eine faire Beteiligung von Genossen, die aus der in Brandenburg wesentlich kleineren WASG kommen, zu ermöglichen. So war man sich vorab einig, dass ein stellvertretender Landesvorsitzender, sowie zwei Mitglieder des Landesvorstandes aus der WASG kommen sollten.

Vorsitzender und Stellvertreter wurden in Einzelwahl gewählt, die übrigen Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Geschäftsführerin und des Schatzmeisters über eine Liste, die sowohl die Quotierung, als auch die oben genannten Prämissen berücksichtigte. (Wahlergebnis siehe Randspalte)

Durch Beschluss des Parteitages wurde die Linksjugend [solid] Landesverband Brandenburg als Jugendorganisation unserer Partei offiziell anerkannt, was ideale, organisatorische und finanzielle Unterstützung für den Jugendverband, sowie das Recht für den Jugendverband, Delegierte zu unseren Parteitagen zu schicken bedeutet.

Ebenfalls wurde der Delegierten-schlüssel für den Landesausschuss, der mit dem bisherigem Parteirat vergleichbar ist, beschlossen. Auf unsere Kreisorganisation entfallen wieder zwei Plätze.

Zum Abschluss gab es Kultur und schon etwas früher eine Riesen – Geburtstagsstorte.

Jörg Mernitz, Eisenhüttenstadt, Parteitagsdelegierter

Newsletter-Anmeldung:
newsletter@die-linke.de

aktuelle Newsletter im Internet unter:
http://news.die-linke.de

alte Newsletter im Internet unter:
http://news.die-linke.de/2html.

Seit Ende August gibt es den neuen elektronischen Mitgliederrundbrief, den Newsletter, der LINKEN. Er wird von einer zwölköpfigen Redaktionsgruppe erstellt, die zur Hälfte aus ehemaligen Linkspartei-Mitgliedern, zur Hälfte aus ehemaligen WASG-Mitgliedern besteht.

Er baut auf dem ehemaligen WASG-Newsletter auf, der an alle Mitglieder mit email-Zugang verschickt wurde und ein wichtiges Instrument der innerparteilichen Kommunikation war. In den Verteiler werden nun auch die Mitglieder der ehemaligen Linkspartei.PDS und

die Neumitglieder aufgenommen. Wer sonst Interesse hat, kann den Newsletter ebenfalls erhalten.

Mit dem Newsletter informieren wir über aktuelle politische Themen und Stellungnahmen der

Unter der Rubrik „aus der Partei“ erfahrt Ihr von wichtigen Entscheidungen und Debatten. Zudem berichten wir aus den Fraktionen der Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Momentan

erscheint der Newsletter noch zweiwöchentlich. Wir hoffen, mit dem Ende der Sommerpause und der Einarbeitungszeit auf einen wöchentlichen Rhythmus wechseln zu können, denn unser Ziel ist es, dazu beizutragen, dass die neue Partei eine informierte und aktive Mitgliedschaft hat.

Christine Buchholz, Katina Schubert

Newsletter | 04.10.2007

www.die-linke.de Mitglied werden Spenden Kontakt Impressum

DIE LINKE.

LINKEN. Wir berichten über den Stand der Kampagnen und Aktionsschwerpunkte der LINKEN. Dabei legen wir Wert auf praktische Tipps, Downloads und Bestellmöglichkeiten von Partei- und Fraktionsmaterial.

Vereintes Europa oder Europäische Union

Linke Irrtümer

Manche unter den Linken, so meint Sylvia Yvonne Kaufmann, Abgeordnete der Partei DIE LINKE im Europa-Parlament, stünden immer noch Lenin näher, „der vor rund 100 Jahren meinte, ein vereintes Europa unter kapitalistischen Bedingungen sei entweder unmöglich oder reaktionär“.¹

Lassen wir für den Moment die Verwechslung der Europäischen Union mit Europa durchgehen und lesen nach. Lenin veröffentlichte am 23. August 1915 seine Arbeit „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“. Mitten im ersten Weltkrieg war für Lenin „die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa im Zusammenhang mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas, an ihrer Spitze der russischen, völlig unanfechtbar als politische Losung“.²

Dann setzt er freilich den Gedankengang fort mit der wichtigen „Frage nach dem ökonomischen Inhalt und Sinn dieser Losung.“ Dabei betrachtete er folgende Punkte: „Die Welt ist aufgeteilt unter ein Häuflein von Großmächten, d.h.

von Staaten, die in der großangelegten Ausplünderung und Unterdrückung der Nationen die größten Erfolge zu verzeichnen haben.“

„Um die ‚legitimen‘ Einkünfte ... einzutreiben, sind die nationalen Millionärsausschüsse da, Regierungen genannt, die über Heere und Kriegsflotten verfügen.“ „Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien.“

„Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis ... kann nicht anders geteilt werden, als entsprechend der Macht. Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung.“

„Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg.“ „Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkom-

men der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien“ verteidigen kann.

Es mag sich jeder seine Gedanken machen, was daran falsch, was daran wahr und noch aktuell ist. Als kleine Denkhilfe kann gelten: „Knapp 10 000 Tote entlang der EU-Außengrenzen sind durch Polizei- und Medienberichte seit 1992 dokumentiert. Doch die Dunkelziffer dürfte diese Horror-Zahl bei weitem übertreffen ... wer sich das Phänomen der ‚illegalen Migration‘ und ihrer Bekämpfung genauer anschaut, der kommt schnell zu Schlüssen, die den propagierten Lebensstil der ‚ersten Welt‘ grundsätzlich infrage stellen: Der muss erkennen, wie unser Reichtum weiterhin auf der Ausplünderung ganzer Kontinente aufgebaut ist. Wie EU-Agrarsubventionen die Märkte dort zerstören. Wie die skrupellose Jagd nach Ressourcen Völker anderswo jahrzehntlang in Krieg und Elend hält. Wie der von den Industrienationen verantwortete Klimawandel Menschen aus ihrer Heimat vertreibt.“³

Sind das linke Irrtümer oder Ausflüsse der Zweckbestimmung der Europäischen Union?



Dr. Artur Pech,
Schöneiche

Fußnoten:

- 1 „Linke Irrtümer“ zur EU präsentiert, Die Europa-Abgeordnete Kaufmann stellte in Berlin ihr neues Buch zum Verfassungsvertrag vor, „ND“, 12.6.2007, S. 8
- 2 Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Lenin, Werke Bd. 21, Berlin 1974, S. 343 ff
- 3 10 000 Tote an EU-Grenze, „ND“, 8./9.9.2007

Aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE – Neues aus dem Kreistag Oder-Spree

Der Kreistag Oder-Spree gehört in den europäischen Rat der Gemeinden und Regionen

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, scheinbar geht es bei der Vorlage 031/2007 (Beendigung der Mitgliedschaft des Landkreises Oder-Spree im Rat der Gemeinden und Regionen Europas) nur um eine Kleinigkeit. Mit dem Ausscheiden des Landkreises aus dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas soll ein vergleichsweise geringer Betrag von nicht einmal 2 000 € eingespart werden. Bei der Beratung im Finanzausschuss habe ich mein Unbehagen über diesen Schritt geäußert.

Nachdem ich in der vergangenen Woche während der Tagung „Neustart Kommune“ auf einige substantielle Fragen aufmerksam gemacht wurde, möchte ich heute

den Kreistag bitten, die Vorlage abzulehnen und statt dessen die Mitarbeit im Rat der Gemeinden und Regionen Europas zu aktivieren.

Die Notwendigkeit dafür lässt sich gut an drei Tagesordnungspunkten des heutigen Kreistages verdeutlichen.

Im anschließenden TOP 10 werden wir uns mit dem Nahverkehrsplan des Landkreises für die Jahre 2007 bis 2011 befassen. TOP 2 des nichtöffentlichen Teils gilt dem Verkehrsbeträuungs- und Finanzierungsvertrag mit der Busverkehr Oder-Spree GmbH für den Zeitraum 2008 bis 2016. Und in TOP 14 geht es um den Jahresabschluss des KWU.

Zunächst zur Verkehrsproblematik. Die beteiligten Abgeordneten

des Kreistages können sich noch an die Beschlussfassung zur mehrheitlichen Privatisierung der Busverkehr Oder-Spree GmbH erinnern. Eines der schlagenden Argumente war damals, dieses Unternehmen müsse fit gemacht werden für die Zukunft. Da spielte dann die Pflicht zur Ausschreibung von Verkehrsleistungen eine Rolle, bei der diese Gesellschaft in kommunalem Eigentum gegenüber anderen nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen wäre.

Wie hat sich nun die Lage entwickelt? Tatsächlich steht der Landkreis für die Zukunft vor der Wahl: Er kann sich dafür entscheiden, dass seine Gesellschaften auch außerhalb des Landkreises wirtschaftlich tätig werden sollen. Dann muss er freilich auch den eigenen ➔

Rede von Dr. Artur Pech, Fraktion DIE LINKE in Kreistag Oder-Spree, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, auf der Sitzung des Kreistages am 26. September 2007



Die Angriffe auf die kommunalen Wasser- und Abwasserbetriebe erfolgen über verschlungene Umwege. Die breite Palette versuchter Einflussnahmen in den Landeshauptstädten und in Berlin sowie in Brüssel ist immer schwerer zu erkennen und zu überblicken. Broschüre zu bestellen unter: www.linksfraktion.de/publikationen_broschueren

Markt öffnen und die von ihm selbst zu vergebenden Leistungen diskriminierungsfrei ausschreiben.

Der Landkreis kann sich aber auch anders entscheiden. Er kann seine Gesellschaften auf ihren ureigenen Zweck konzentrieren und sie nur im Kreisgebiet tätig werden lassen. Wenn er die Gesellschaften in seinem Eigentum behält, muss er nicht ausschreiben. Er kann diese Aufträge auch künftig an seine so aufgestellten Gesellschaften vergeben. Insofern ist der Kreistag bei der Beschlussfassung über den Verkauf der Mehrheitsbeteiligung der Busverkehr Oder-Spree GmbH mindestens teilweise in Unkenntnis der sich tatsächlich abzeichnenden Entwicklung von einer falschen Einschätzung der Lage ausgegangen.

Die formal vorhandene Wahlmöglichkeit besteht eben wegen des Verkaufs der Mehrheit der BOS tatsächlich nicht mehr. Anders ist die Lage beim KWU. Hier haben

wir nach Privatisierungseskapaden in zwei Altkreisen die Entsorgung in kommunaler Zuständigkeit kreisweit wiederhergestellt. Und in diesem Unternehmen wird eine gute Arbeit geleistet. Es beweist, dass auch kommunale Unternehmen effektiv und zum Wohle der Menschen im Landkreis arbeiten können. Das ist der Arbeit der Beschäftigten im Unternehmen, aber auch einer klugen Politik im Landkreis zu danken.

Dennoch zeichnen sich hier Probleme völlig anderer Art ab. Von privatwirtschaftlicher Seite und von einschlägigen Lobbyisten bei der EU wird gegenwärtig die Absicht verfolgt, auch solche Unternehmen wie unser KWU dazu zu zwingen, künftig auf seine Leistungen Mehrwertsteuer zu berechnen. Damit würden sich die Entsorgungskosten für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis schlagartig um rund ein fünftel erhöhen. Und obwohl dass keiner

der Abgeordneten im Kreistag wollen kann: Es wird zweifellos so kommen, wenn wir die Entscheidungsfindung anderen überlassen und uns heraus halten.

Die Kommunen in Europa sind in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich aufgestellt. Wenn wir unsere Interessen, wenn wir die Interessen der Menschen im Landkreis wahren wollen, dann müssen wir uns in die Entscheidungsprozesse einbringen. Angesichts der Machtverteilung in der EU ist nicht sicher, ob sich damit auch das Erforderliche erreichen lässt. Wenn wir uns aber heraushalten, dann wird mit uns so größerer Sicherheit gegen uns entschieden.

Wir sollten also im Rat der Gemeinden und Regionen Europas verbleiben und mehr aus unserer Mitgliedschaft machen.

Wer hier spart, der handelt nach dem Motto: Wir sparen, koste es, was es wolle. Das kann keine seriöse Politik sein.

Studie zum Bevölkerungsschwund in Brandenburg

Die Wissenschaftler trifft keine Schuld

Die vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erarbeitete Studie zum Bevölkerungsschwund im Land Brandenburg schlägt angesichts des Vorschlages einer Wegzugsprämie für so genannte „Schwundstandorte“ hohe Wellen.

Im Lied „Brandenburg“ wird provoziert, in Brandenburg soll es wieder Wölfe geben und er könne bald alleine leben. Seine Parodie soll nun angeblich nach dem Willen von Berliner Wissenschaftlern für bevölkerungsärmere Landstriche Wirklichkeit werden. So scheint es.

Eine Abwanderungsprämie soll Lockmittel sein, verstärkt in die Städte zu ziehen, so dass man auf dem Land keine Infrastruktur mit Ärzten, Schulen, Einkaufsgelegenheiten, Polizei usw. mehr braucht. Doch die Wissenschaftler sind hier nicht das Problem. Vollziehen sie nicht nur nach, was die Landespolitik der SPD/CDU-Koalition schon längst vorgab? Wer hat Schulen geschlossen und an starren Klassenstärken und Zügigkeiten festgehalten? Das Beispiel Storkow (siehe letzte Seite) ist nur wenige Tage alt. Wer macht eine Landesplanung an den Landtagsabgeordneten vorbei,

die keine Grund- und Kleinrenten mehr kennt? Wer reduziert im öffentlichen Personennahverkehr Strecken und Linien?

Es war Ministerpräsident Platzeck mit seiner Regierung, der entgegen dem Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebensverhältnissen in allen Teilen des Landes dafür warb, künftig nicht mehr zu erwarten, dass es noch überall Schulen usw. geben werde. Die Vorschläge der Wissenschaft, über die sich Landespolitiker heute noch empört äußern, können morgen schon als Totschlagargument benutzt und umgesetzt werden.

So haben wir es schon einmal bei der Gemeindegebietsreform erlebt. Die Kirche sollte im Dorf bleiben, nichts würde sich großartig ändern. Doch was ist von den versprochenen Verbesserungen gekommen? Wo blieben die finanziellen Rücklagen, die in Haushaltslöchern verschwanden? Mühsam baute sich erst wieder die Bereitschaft auf, sich bürgerschaftlich im Ortsteil zu engagieren. Wenn wir es nicht gemeinsam als Landespolitiker schaffen, da schließe ich die linke Opposition ein, glaubwürdig zu

bleiben und für die Entwicklung aller Regionen des Landes ein Programm zu haben, versagen wir.

Natürlich ist die Wegzugsprämie absurd, doch sie ist eine Provokation, die zwingt, in den Wettstreit um bessere Konzepte zu treten. DIE LINKE hat ihr Leitbild für ein Brandenburg der Regionen vorgelegt und diskutiert hierzu mit den Menschen im Land. Anders als die Regierung schreiben wir die berlinferneren Regionen eben nicht ab und wo soll auch die Grenze gezogen werden? Ist nicht selbst schon die Kreisstadt Beeskow ein „Schwundstandort“, nachdem Polizeiwache und Milchwerk aus der Stadt verschwinden?

Das Sterben auf Raten ist uns nicht unbekannt und wir kämpfen dagegen. Was man nicht darf ist, aufzugeben. Deshalb lade ich die Bürgerinnen und Bürger ein, diskutieren Sie mit mir über dieses Konzept. Ich habe es auf meiner Internetseite zum Download bereitgestellt. Stimmen Sie auf der Webseite über Sinn und Unsinn der Wegzugsprämie ab. Sprechen Sie mich an oder schreiben Sie mir. Ich freue mich auf Ihre Meinung.



Stefan Sarrach

Mitglied des Landtages Brandenburg, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

E-Mail: stefan.sarrach@gmx.de
Internet: www.sarrach.de
Mitarbeiterin Romy Neupert

DIE LINKE
Bürgerbüros
Schloßstraße 7,
15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 31 04 47
Fax (0 33 61) 31 04 48
Sprechzeiten
Mo.-Fr. 10-16 Uhr
außer Mi.
Bodenschwinghstr.
19, 15848 Beeskow
Tel./Fax
(0 33 66) 2 02 02

Renate Adolph, Landtagsabgeordnete der LINKEN auf Wahlkreis-Sommertour

■ Besuch im Carl-Bechstein-Gymnasium Erkner

Renate Adolph informiert sich bei ihrer Tour in der parlamentarischen Sommerpause, welche Schwerpunkte das Bechstein-Gymnasium Erkner im neuen Schuljahr setzt.

Aufnahmeanträge kommen von Schöneiche bis Grünheide. Direktor Rüdiger Konertz kann eine gewissen Freude nicht verhehlen, widerspiegelt sich doch darin eine stabile Anerkennung des Gymnasiums in der Region auf hohem Ni-

veau. Mehr als 800 Mädchen und Jungen werden von über 60 Lehrern unterrichtet. Die Schule platzt aus den Nähten. Es stehen etwa 30 Klassenräume zur Verfügung. Benötigt werden aber im Zeitraum des aktuellen Schulentwicklungsplanes 48. Räume Gegenwärtig sucht das Gymnasium zusammen mit dem Kreis eine Lösung. Hier dürfe nicht gespart werden, sind sich beide Gesprächspartner einig.

Nicht ohne Stolz berichtet der Direktor von den zahlreichen Kontakten mit ausländischen Schulen in mehreren südamerikanischen und asiatischen Ländern bis nach Neuseeland, aber auch mit Schulen in Russland, Großbritannien, Frankreich, Spanien und in den USA. Die regen Schüleraustausche tragen schließlich auch dazu bei, Weltansichten der Schülerinnen und Schüler zu erweitern.

■ Schöneiches Bürgermeister Jüttner weitere Unterstützung zugesichert

Schon traditionell besucht Renate Adolph während der Parlamentspause die Bürgermeister ihres Wahlkreises, um zu erfahren, was es Neues in den Gemeinden gibt.

Dauerbrenner ist der Fahrradweg zwischen Schöneiche und Rüdersdorf, für den dank gemeinsamer Anstrengungen vieler gesellschaftlicher Kräfte 2008 die Planungen beendet werden sollen. Der Bau kann dann endlich 2009 vollzogen werden, erfährt die Abgeordnete.

Schwierigkeiten könnte es wieder mit der Straßenbahnlinie 88 geben, erläutert Heinrich Jüttner. Für die Weiterführung nach 2010 muss der Kreis Märkisch-Oderland, zu dem der Streckenabschnitt Rüdersdorf gehört, weiter seinen finanziellen Anteil leisten. Doch die Kassenlage ist angespannt. Hier dürfe nicht mit dem Rotstift zu Lasten von Bürgerinnen und Bürger agiert werden. Renate Adolph, die auch Mitglied des MOL-Kreistages ist, sagt

weiterhin ihre aktive Unterstützung für den Erhalt der Tram zu.

Adolph und Jüttner heben die Aktionen des Schöneicher Bündnisses für Demokratie und Toleranz hervor. Dieses breite Zusammengehen der verschiedensten Vereine, Gruppen und Parteien zeigt, welch kulturvolles Miteinander in der Gemeinde gepflegt wird, unterstreicht die Abgeordnete beeindruckt. Sie berichtet, dass sich vor allem in LOS neonazistische Gruppen im Vorfeld der Kommunalwahlen 2008 breit machen wollen. Bündnisse können hier ein wirksames Gegenmittel sein.

■ Woltersdorf Marktplatz: Renate Adolph ist gefragte Gesprächspartnerin

Mittwochs ist Markttag in Woltersdorf. Um mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, lud DIE LINKE des Ortes gemeinsam mit Renate Adolph zur Sprechstunde unter freiem Himmel ein. Und tatsächlich, der kleine Tisch unter dem roten Schirm war ständig von Passanten umlagert.

Ein Ehepaar wollte wissen, wie es sich gegen die ständig steigenden Gaspreisen wehren kann. Die Abgeordnete, verbraucherpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, riet zum Widerspruch und Anbieterwechsel.

Ein Herr interessierte sich für die Einschätzung der LINKEN zum Pflegebericht Brandenburg. Er mahnte eine notwendige Verlängerung der Pflegezeiten für ältere Bürger durch Pflegedienste mit angemessener kassenärztlicher Unterstützung an.

Die Dringlichkeit von begleitenden Fuß- und Radwegen beim Ausbau von Landes- und Kreisstra-

ßen in Kommunen wurde Renate Adolph von einem Einwohner mit auf den Weg gegeben. Eine weitere Frage betraf die angekündigte Anrechnung von Jahresendprämien auf die Rente. Hier sicherte sie eine umfassende Information aus der Bundestagsfraktion ihrer Partei zu.

Gleichzeitig sammelten die örtlichen Mitglieder der LINKEN Unterschriften für ein Sozialticket in Brandenburg. Um es, wie in Berlin, hierzulande anzuschieben, werden 20000 Unterschriften benötigt – übergeben wurden am 2. Oktober 32400 Unterschriften. Viele unterbrachen ihren Einkaufsbummel, um sich in die Listen einzutragen. Sammelergebnis nach zwei Stunden: 47 Unterschriften, nicht wenige hatten sich schon früher in die Listen eingetragen. Aber es huschten auch Eilige mit ihren Einkaufsbeuteln mit Bemerkungen am Stand vorbei wie: Ich bin kein Hartz-VI-Empfänger. Mich betrifft es nicht. Oder:



Die sollen erst einmal arbeiten gehen, leben auf unsere Kosten.

Den Aufruf gegen eine weitere Beteiligung Deutschlands am Afghanistan-Krieg unterschrieben 74 Bürgerinnen und Bürger. Was haben wir dort zu suchen? Dafür ist genug Geld da. So die Mehrzahl der Kommentare.

Gut, zu wissen, was die Wählerinnen und Wähler bewegt.



Renate Adolph

Mitglied des Landtages Brandenburg, Verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

DIE LINKE
Bürgerbüro

Mahlsdorfer Str. 61
15366 Hoppegarten,
OT Hönow

Telefon:
(030) 99 27 47 49

Fax:
(030) 99 27 47 43

E-Mail:
renate@adolph.de

Mitarbeiterin:
Helga Hummel

Sprechzeiten:
Mo., Mi., Do.
14-18 Uhr

Ein offenes Ohr und tatkräftiges Handeln für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt In Fürstenwalde DIE LINKE gegründet



Die Abstimmung zur Gründung der LINKEN in Fürstenwalde

Der Stadtvorstand Fürstenwalde der Partei DIE LINKE:

Vorsitzender:
Stefan Sarrach,
Mitglieder:
Sonja Friedrich,
Petra Joseph,
Christian
Zimmermann

Als am 15. August die Fürstenwalder LINKE gegründet und der Vorstand gewählt wurde, erhielt Gerold Sachse verdienstvollerweise viel Beifall und Anerkennung. Nach zehn Jahren an der Spitze des PDS-Stadtverbandes verzichtete Gerold auf eine Wiederwahl und will sich auf die Arbeit als Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses konzentrieren. Der neue Stadtvorstand muss nun beweisen, dass er an der bisher erfolgreichen Parteiarbeit, die sich an sehr guten Wahlergebnissen ablesen lässt, anknüpfen und diese mit Blick auf die Kommunalwahlen im September 2008 fortführen kann. An Ideen, das Parteilieben in Fürstenwalde interessant, aber auch wirksam

und effizient zu gestalten fehlt es jedenfalls nicht. Dabei geht es uns nicht um die Rückabwicklung der neuen Regionalstruktur, wie einige irritiert nachfragten, als sie die MOZ lasen. Wir wollen doch nicht über den Haufen werfen, was mühsam neu aufgebaut wurde und Akzeptanz bei den GenossInnen findet. Es ist für den gesamten Kreisverband der LINKEN wichtig, dass die Fürstenwalder Basis mit ihren 120 GenossInnen weiter aktiv, ideenreich und kompetent vor Ort wirkt und die Stadtfraktion, die AG Senioren, der Jugendverband sowie die Bürgerbüros Bisky und Sarrach eng zusammenarbeiten. Gerade wegen der Kommunalwahl im nächsten Jahr, die vom Stadtvorstand politisch vorzubereiten ist, bedarf es eines auf Fürstenwalde zugeschnittenen kommunalpolitischen Programms der LINKEN, das mit einem entsprechenden Angebot an KandidatInnen unteretzt ist. Hier haben wir innerhalb des Regionalverbandes eigene lokale Aufgaben zu erledigen. Wer dann in drei Jahren als BürgermeisterkandidatIn der LINKEN antritt, ist zur Zeit noch überhaupt nicht zu entscheiden. Aber die Presse kocht natürlich schon jetzt Vermutungen und Gerüchte hoch, um Schlag-

zeilen zu produzieren. Drei Jahre vor der Wahl muss man sich nicht warmlaufen, deshalb gibt es auch von mir keine Bewerbung, denn ich bin für den Landtag gewählt und stehe bei meinen WählerInnen im Wort. Auf der Tagesordnung der LINKEN in Fürstenwalde finden sich also andere Punkte. Die Konzentration z.B. auf wichtige kommunalpolitische Fragen mit eindeutiger Position. In jüngster Zeit waren wir beispielsweise die einzige Partei des Kreistages, die sich dem Gespräch mit Kleingärtnern über die Abfall-Grundgebühr stellte. SPD und CDU erscheinen nicht mehr. Allein in Fürstenwalde war ich von fünf Sparten zu Versammlungen eingeladen und konnte von Monika Krüger, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree übermitteln, dass diese Grundgebühr jetzt als politisch falsch eingeschätzt wird. Es geht weiterhin um die Mitgliederwerbung für unsere neue Partei und um ein anspruchsvolles Parteilieben. Schließlich müssen wir Zeit und Kraft unserer GenossInnen wirksamer und effizienter einsetzen, brauchen also ein funktionierendes Aufgabenmanagement. In diesem Sinne: Ran an die Arbeit.

Stefan Sarrach, MdL, Fürstenwalde



v.l.: Bernd Schaaf, Heinz und Sonja Schröder, (Heinz war Sekretär des Rates der Stadt Fürstenwalde)

Am 6. August 2007 ist Bernd Schaaf, 85 Jahre, 1950–1989/90 Mitglied der NDPD und hauptamtlicher Stadtrat in Fürstenwalde (1956–1965), in die Partei DIE LIN-

Ein interessanter Parteieintritt

KE eingetreten. Er schrieb: „Ein heute mit Stefan Sarrach intensiv geführtes persönliches Gespräch hat mich bewegt, als ehemaliger hauptamtlicher Stadtrat in Fürstenwalde (mit NDPD-Mandat), bisher nur Sympathisant der PDS, Mitglied der Partei DIE LINKE zu werden. Das anschließende Studium der Kreiszeitung ‚Widerspruch‘ Juni/Juli 2007 hat meinen Entschluss bestätigt.“

Mit Bernd Schaaf gewinnt unsere Partei einen sehr beliebten und bekannten Kommunalpolitiker Fürstenwaldes, der – als Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands – fast zehn Jahre als stellvertretender Bürgermeister wirkte. Er war maßgeblich am Wiederaufbau der kriegszerstör-

ten Fürstenwalder Spreebrücke beteiligt, deren Aufnahme in die Planung er im Alleingang mit einem Trick erreichte. Die bis dahin benutzte Behelfsbrücke war Ende der 50er Jahre zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Bernd Schaaf ließ das Nadelöhr kurzerhand baupolizeilich sperren und schrieb an alle übergeordneten Stellen. Er bekam einen deutlichen Rüffel, aber sein Ziel erreichte er.

Die Tafel zu seinem politischen Werk (Ausstellung Rotes Fürstenwalde) steht unter http://sarrach.de/RotesFW/19a_1956-1965_Stadtrat_Bernd_Schaaf.pdf zum Download bereit.

Stefan Sarrach, MdL, Vorsitzender DIE LINKE in Fürstenwalde

Es gibt 1079 Landtagsabgeordneten-Webseiten

Auf Platz 1 in Deutschland: www.sarrach.de

Zum dritten Mal wurde die Abgeordneten-Webseite *www.sarrach.de* von der Zeitschrift „politik & kommunikation“ (September 2007) bewertet. Nach dem 4. Platz 2003, folgte 2004 der sehr gute 3. Platz in Brandenburg, der gleichzeitig deutschlandweit Platz 87 von 1079 Landtagsabgeordnetenwebseiten bedeutete. Nun ist Stefan Sarrachs virtuelles Bürgerbüro in Brandenburg und bundesweit an erster Stelle!

„Das konnten wir bei dieser starken Konkurrenz nicht erwarten, umso größer ist die Freude“, sagte Stefan Sarrach nicht ohne Stolz, denn an der Qualität und dem inhaltlichen Angebot seiner politischen Webpräsenz wird vom ganzen Team des Bürgerbüros fortwährend „gebastelt“.

„Es ist für einen Landtagsabgeordneten nicht immer leicht, die eigene umfangreiche Arbeit für Menschen erlebbar zu machen“, so Sarrach, „auf das Internet kann und will ich dabei nicht mehr verzichten, denn es gibt mir Möglichkeiten von Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern und Gegenöffentlichkeit. Was man in den Zeitungen nicht über linke Politik lesen kann, setze ich auf meine Webseite, denn sonst gilt es als nicht stattgefunden.“ „politik & kommunikation“ bewertete daher *www.sarrach.de* in weiteren Einzelkategorien nicht ohne Grund als die „informativste Webseite“.

Die Seite *www.sarrach.de* wurde zu Beginn von Webmaster Gregor Wiedemann noch als Schüler aus

Aktuelles Themen Forum im Landtag im Wahlkreis über uns Termine Kontakt

Mein Kalender

- 02 Sitzung der PDS-Fraktion im Landtag, Potsdam, Dienstag, den 02.10.2007, 09:00 Uhr
- 09 Sitzung der PDS-Fraktion im Landtag, Potsdam, Dienstag, den 09.10.2007, 09:00 Uhr

Rechtsextremismus / Antifaschismus

Schwierige Entscheidung

21.09.2007: Gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt verfolgt das Land Brandenburg im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur "Verschärfung" des Strafgesetzbuches (StGB), um zukünftig rechtsextrem motivierte Straftaten härter bestrafen zu können. Gelingen soll dies über eine Änderung der §§ 40ff des StGB.

Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg

Ausstellung: Hier klicken

Das ROTE FÜRSTENWALDE

forum kommunalpolitik

Acht Euro Mindestlohn: Gesetzlich garantiert.

Meine Themen

- Agenda Sozial / Hartz IV
- Gemeindegebietsreform
- Jugendstrafvollzug in Brandenburg
- Kitagesetz
- Landeshaushalt
- News
- Protekturfahrt für Beeskow
- Rechtsextremismus / Antifaschismus
- Rechtspolitik im Landtag
- Schließung von Amtsgerichten
- Stipendium

Abstimmung

Was halten Sie von einer "Wegzugsprämie" als Anreiz den ländlichen Raum in Brandenburg zu verlassen?

- Gute Sache! Langsam wird Kleinstortensuck für die Städte einfach zu teuer!
- Nicht schön, aber notwendig. Und bei ausreichender Höhe einer solchen Prämie wäre in Ordnung.
- Grauenhafte Vorstellung! Statt die Verdünnung ganzer Landschaften zu finanziell fördern, sollte die Landesregierung mehr "Entwicklungshilfe" leisten.

Bad Saarow entworfen und gestaltet. Mittlerweile studiert er in Leipzig und neue Ideen, wie die Seite fortentwickelt werden kann, gibt es bereits. Nach dem Web-Test ist eben vor dem Web-Test ...

Einzelheiten zum Webtest finden Sie unter: <http://www.politikagenda.de/webseitentest/index.php>

[solid] Storkow für NPD-Verbot

Faschisten auf allen Ebenen bekämpfen!

Das erste Aktionsfeld unserer neu gegründeten [solid]-Ortsgruppe in Storkow ist die „NO NPD“-Kampagne. Wir junge SozialistInnen unterstützen die Forderung der VVN-BdA für ein neues NPD-Verbotsverfahren. Drum haben wir auch das RadScharmützel genutzt, um Unterschriften für diese Kampagne zu sammeln.

Bereits eine Stunde vor Startschuss, trafen wir uns ausgestattet mit Unterschriftenlisten und baten die Leute zu unterschreiben. Trotzdem wir mit dem Gesamtergebnis zufrieden waren, fiel uns auf, dass die Gleichgültigkeit gegenüber den Rechtsextremen weiter zugenommen hat. Die Politikverdrossenheit tut eben ihr übriges zum Erstarken der Rechten.

Mit einem erfolgreichen Verbotverfahren könnten wir die Ausbreitung rechtsextremistischer Gedankengut stark verlangsamen. Nun besteht das Problem auch darin, dass solch braunes Gedankengut nicht zusammen mit der NPD verschwindet. Zwar schreien alle nach noch mehr zivilem Engagement gegen Rechts, doch wird das die Na-

zis nicht langfristig zurückdrängen können, wenn die Leute nicht endlich aufwachen und wirklich von ihrer Stimme Gebrauch machen. Das muss auch eine Stimme gegen diese Schwarz-Rosa-Koalition in Berlin sein. Diese Regierung produziert Frust in der Bevölkerung, weil sie oft gegen die Interessen

der Bevölkerungsmehrheit regiert und hilft somit den rechtsextremen Kräften, neue Wähler und Mitglieder zu gewinnen.

Ebenfalls schädlich ist, dass der Innenminister in seinem Sicherheitswahn, alle aus dem Nahen und Mittleren Ost stämmigen Menschen unter Terrorverdacht stellt. Sicherheitsneurotiker a'la Schäuble fördern einen stark anwachsenden Alltagsfaschismus, womit die NPD einen leichteren Zugang zu den Köpfen der Leute bekommt.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Wir dürfen nicht so naiv sein und erwarten, dass die bürgerlichen Kräfte das Problem des erstarkenden Rechtsextremismus lösen können.

Es muss den linken Kräften in der Republik gelingen, ihre Alternativen besser an die Leute zu bringen und das Protestpotential stärker an sich zu binden.

Die „weißen Flecken“ im Landkreis müssen so schnell wie möglich geschlossen werden, so dass überall vor Ort ein starkes linkes Gegengewicht braune Strukturen erst gar nicht zu Stande kommen lässt.

Wir brauchen einen starken Mitgliederzuwachs und müssen präsent auf der Straße werden, um den Faschisten das Wasser abgraben zu können und hier in Oder-Spree stärker für ein anderes System zu kämpfen. Denn der Rechtsextremismus ist ein Produkt und eine radikalere Weiterentwicklung des Kapitalismus.

Unser Unterschriftenergebnis „NONPD“ nach dem Radscharmützel gegen Rechts:260.

Christopher Voß, [solid] Storkow

Die Kampagne der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) zur Sammlung von Unterschriften für die Einleitung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens wird am 9.11.2007 beendet und an den Präsidenten des Bundestages übergeben werden.

Stand 14.10.07
140 460

Bitte sendet alle noch im Verkehr befindlichen Unterschriftenlisten, auch alle unvollständigen, bis spätestens 1.11.2007 an: VVN-BdA Bundesgeschäftsstelle, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

LINKE Termine in Oder-Spree

Oktober

- 20., 10 Uhr, Eisenhüttenstadt, Fahrstraße, Speisesaal der Wohnungsbaugenossenschaft, „Für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Intoleranz“ – Bildungsveranstaltung
- 29., 14 Uhr, Beeskow, Mauerstraße 28, Bibliothek „Kupferschmiede“, Seniorentreff Beeskow – Die Positionen der Partei DIE LINKE zur Gesundheits- und Rentenpolitik der Bundesregierung, Gesprächspartnerin: Dr. Gesine Löttsch, MdB

November

- 2-4., Hamburg, August-Krogmann-Straße 52, Berufsförderungswerk Hamburg, Energiepolitische Konferenz der LINKEN „Klima & Energie – Macht – Arbeit“ mit Mojib Latif, Angelika Zahrt, Oskar Lafontaine, Wolfgang Methling, Eva Bulling-Schröter, Gregor Gysi u.v.a., weitere Infos: <http://die-linke.de/politik/themen/energiepolitik>
- 3., 9-18 Uhr, 16547 Birkenwerder, Regine-Hildebrandt-Schule, Fachkonferenz „Frauen wollen mehr als nur Schuhe kaufen.“ – Was bedeutet dies für die Frauen und Mädchen in Brandenburg? Welche frauen- und familienpolitischen Ansichten und Perspektiven werden in dem Leitbild formuliert? Wie sollten sie aussehen? Welche konkreten politischen Lösungen müssen noch formuliert werden?
- 17., 19 Uhr, Frankfurt (Oder), „Stadtumbau sozial gestalten“, Stadtumbaukonferenz der Stadtfraktion DIE LINKE Frankfurt (Oder) und dem „kommunalpolitischen forum Land Brandenburg“ e.V
- 27., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kulturfabrik – „Der Sozialstaat als Sozialfall“, Podiumsdiskussion mit Stefan Sarrach, MdL, und Wolfgang Neskovic, MdB

AG Öffentliche Beschäftigte

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich beabsichtige eine Arbeitsgruppe „Öffentlich Beschäftigte“ zunächst auf Kreisebene LOS/Ortsebene (Erkner) zu gründen, die zum Zweck hat, Mitgliedern der Linken die Möglichkeit zu geben, Belange der Tarifbeschäftigten von Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst (Kommunen, Kreis, Land, Bund) zu behandeln, tarif- und beamtenpolitische Themen zu diskutieren und dazu linke Positionen zu erarbeiten. Diese sollen dann in die Parteiarbeit einfließen. Leider kenne ich (als Neumitglied) keine weiteren öffentlichen Beschäftigten im Bereich des Kreises, die ebenfalls der LINKEN angehören.

Interessierte können sich bei mir per E-Mail melden:

Frank.Dahmen@freenet.de

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de

geöffnet Mo., Mi., Do. 9-12 und 13-17 Uhr
Di. 9-12 und 13-19 Uhr, Fr. 9-13 Uhr
Kasse Di. 13-17 Uhr und Do. 9-12 Uhr

In eigener Sache

Auf Beschluss des Kreisvorstandes DIE LINKE Oder-Spree erscheint der „WIDERSPRUCH“ bis Januar 2008 zweimonatlich. Das nächste Heft kommt im Dezember 2007.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen Oktober/November 2007

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentliche Fraktionsitzungen: 6. 11., 19 Uhr, Fürstenwalde, Schloßstraße 7
27. 11., 19 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Fraktionsgeschäftsstelle:
15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

Fraktionsgeschäftsführerin:
Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer
Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: emk.pooch@t-online.de

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Rechnungsprüfungsausschuss 22. 10., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport 23. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss KWU 24. 10., 18.00 Uhr, F'walde, K.-Marx-Str. 11
- Ausschuss f. Recht, Ordnung, und Landwirtschaft 25. 10., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport 6. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen 7. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 8. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Haushalts- und Finanzausschuss 12. 11., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss Eigenbetrieb-Rettungsdienst 15. 11., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 21. 11., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite <https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp> entnehmen.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im Oktober/November



Oktober

- 60. Tanja Jaksch, Schöneiche
- Norbert Jänicke, Neu Zittau
- 75. Vera Rückert, Eisenhüttenst.
- Hildegard Wuntke, Storkow
- 80. Günter Zeuschner, F'walde
- 81. Hildegard Maier, Schöneiche
- 83. Erna Müller, Eisenhüttenstadt
- 85. Hildegard Priske, Bad Saarow
- Lieselotte Zilinski, Müllrose
- 88. Siegfried Hoecker, Eisenhüttenstadt

- 92. Alois Trnka, Fürstenwalde
- 97. Erna Manthey, Schöneiche

November

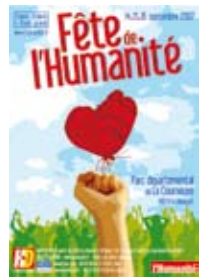
- 65. Harald Strutzke, Fürstenwalde
- Christe Wirner, Siehdichum
- 70. Dietmar Sammler, Erkner
- 75. Manfred Döring, Erkner
- 81. Horst Gerstner, Eisenhüttenst.
- 83. Ilse Löffler, Woltersdorf
- 84. Christa Ritter, Erkner
- 86. Isolde Hilger, Eisenhüttenstadt

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de, V.i.S.d.P.: Stephan Wende
Redaktion: Peter Hochmuth, Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Beim Pressefest der l'Humanite im Village du Monde

Gemeinsamer Widerstand verbindet Völker



Das in Berlin lebende ukrainische Trio Scho spielte zwischen den Zelten der LINKEN und des „Neuen Deutschland“ Village du Monde

Für drei Tage im September hieß es wieder auf zum Fête de l'Humanité, dem Pressefest der Humanité, der französischen kommunistischen Partei (KPF) nahestehende Zeitung. Auf einer der Hauptstraßen, im 40. Todesjahr nach Che Guevaras benannt, erreichten wir das *village du Monde* (Dorf der Welt) auf dem Messegelände bei Paris. Es war Donnerstag und noch wenig von dem Festival zu spüren. Doch Hektik, Stress oder gar bedenken etwas nicht zu schaffen, ist den Franzosen wesensfremd. Auch wenn noch alles im Aufbau war und alle an ihren

Ständen werkten, wurde an fast jeder Ecke schon die Muttermilch aller Franzosen, der Anisschnaps *Richard*, ausgetrennt. Dazu ein kleiner Plausch, egal ob man der gleichen Sprache mächtig ist. Alle sind aus den selben politischen Gründen und mit den gleichen Auffassungen angereist. So lief die Verständigung oft auch ohne Worte, dafür aber mit viel Herzlichkeit und Liebe. Auch ich lernte in den folgenden drei Tagen feiernde, glückliche und wissbegierige Menschen kennen und habe den einen oder anderen bisou (Kuß) bekommen. Vor allem selbstbewusste junge Französinnen besuchten unseren Stand und waren glücklich ihre Deutschkenntnisse anwenden zu können.



Zu sehen und erleben gab es auch dieses Jahr wieder viel und es war für jeden etwas dabei. Fangen wir bei den kleinsten Besuchern des Festes an: Les petits enfants (die kleinen Kinder) waren beispiellos für deutsche Verhältnisse auf dem Fest vertreten. Lachende Kindergesichter mit neugierigen großen Augen, aber auch mal mit kullernden Tränchen, streuten egal zu welcher Tages- bzw. Nachtzeit auf dem Fest herum. Für unsere zukünftigen Weltveränderer gab ein lang gestrecktes Areal mit Ständen, die das

Kinderherz begehrt, von Clown bis Schminke war alles dabei. Nur die Hüpfburg, wie sie in Deutschland zur Standardbeschäftigung von Kindern gehört, war nicht da.

Für die großen Kinder gab es auf sechs Bühnen Musik jeden Geschmacks. Der Haupttakt war Iggy Pop & The Stooges, die am Samstagabend die Bühne rockten und uns hinterm Stand dazu verhalf, das Bier in Windeseile zu verkaufen. Denn bei keinem Franzosen durfte danach ein *bière fraîche* (kühles Bier) fehlen. Ein jedes Chanson-Herz wurde am späteren Sonntagnachmittag bei der Stimme von Renaud verwöhnt. Renaud gilt als einer der populärsten französischen Sänger, der in seinen Texten immer wieder die französische Regierung kritisiert und für eine Welt in Frieden appelliert. Menschen verschiedenster Nationen lagen oder saßen vor der Bühne und lauschten den Klängen. Einige tanzten wild umher und von überall wurde aus dem Publikum zwischen gerufen, die Faust zum Kampfgruß gehoben oder sich einfach nur in den Armen gelegen. Ich zweifle nicht daran, dass eine andere Welt möglich ist, nachdem ich dieses Gewirr von friedliebenden Menschen gesehen habe und mich dabei fühlte, als würde ich mit allen sehr vertraut sein.

Auch die vielen kleinen und großen politischen Debatten in den Zelten waren reich besucht und wer nicht französisch verstand, konnte sich in Ausstellungen die Nase platt drücken oder bei der farbenprächtigen Fotogalerie entspannen.

Sport, Kino und kommunistisches Theater war ebenfalls vertreten, und kaum einer hätte sich auf dem Fest langweilen können. Schließlich boten die Stände aus allen Departements des Landes und den verschiedensten sozialistisch-kommunistische Parteien auf unsrem Globus, ihre jeweiligen kulinarischen Spezialitäten an. Ein Fest, das seinen Vergleich in der Welt sucht!

Franziska Schneider, Erkner, Studentin an der BTU Cottbus, war Betrüerin des „ND“-Stands beim Fest



„... Denkbar wäre für die neue LINKE ein Fest in einem Rahmen, in dem sich alle Landesverbände der Partei präsentieren. Wir würden das gern mit organisieren. Das könnte auch eine Alternative zu den alljährlichen Festen zum Tag der deutschen Einheit sein. Links braucht eine eigene Kultur und eigene Lieder ...“

Bernd Sachse, Vorsitzender DIE LINKE Märkisch-Oderland, zum traditionellen Strausberger Friedensfest im DISPUT, 9/2007

Koalition Platzeck-Schönbohm treibt Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe ins Aus

Offener Brief der Storkower Schüler und Eltern an Frau Bundeskanzlerin



Die Europaschule

■ **2000:** Schüler streiken 14 Tage erfolgreich. Abzug von vier Lehrern wurde rückgängig gemacht.

11. Klasse kann eröffnet werden.

■ **2001:** Beginn der jährlichen Aufnahme von 12 polnischen Schülern.

■ **2007:** Die erforderlichen 50 Schüleranmeldungen für die 11. Klasse wurde nicht erreicht. Deutsche Schüler müssen sich andere Schulen suchen. Polnische Schüler sollen für 330 € monatlich an eine Privatschule.

Sehr geehrte Frau Merkel, viel durften wir in dieser Woche über Sie und Ihr Kabinett in der Presse lesen und hören. Immer wieder wurde betont, wie sehr Sie wollen, dass wir alle am Aufschwung beteiligt werden. Sie erwecken mit Ihren Worten den Eindruck „Bürgernah“ sein zu wollen.

In diesem Jahr werden ca. 36 Schulen, durch mehr oder wenig sinnvolle Gesetze, aus unserem Land verschwinden, wir gehören zu denen, die seit Mittwoch (22. August) wissen, dass es keinen 11. Jahrgang mehr geben wird, weil uns „ungeheuerliche“ 4 Schüler fehlen.

Viele der betroffenen Schulen sind Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe, diese sollen ja eigentlich die bevorzugte Schulform sein, nur das es diese Schulform wohl bald im Land Brandenburg nicht mehr geben wird.

Das Besondere unserer Schule ist, dass wir seit fast 7 Jahren ein Deutsch-Polnisches Projekt haben, welches beinhaltet, dass wir jedes Jahr 12 neue polnische Jugendliche an unserer Schule haben, die zu uns kommen, um hier ihr Abitur zu machen, und um dann in



Deutschland studieren zu können. Dieses Projekt hat dafür gesorgt, dass es an unserer Schule ein großes Miteinander unter den Schülern gibt, wir haben keine Gewalt an der Schule und Schüler, die offen sind im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen.

Diese Jugendlichen sind im ersten Jahr in Gastfamilien untergebracht, so dass es in unserer Stadt ein ganz normales Miteinander zwischen Polen und Deutschen gibt.

Alle 12 haben nun 3 Tage vor Schulbeginn erfahren, dass sie ihre Koffer wieder einpacken müssen, und ihre Pläne hinfällig sind, sie müssen nun versuchen, in Polen eine Schule zu finden, was, wie wir wissen, für einige sehr schwierig wird.



Sehr geehrte Frau Merkel, wir sind sicher eine von vielen Schulen, die es betrifft, auch für die hier angemeldeten deutschen Schüler ist es eher demotivierend, da sie umverteilt werden, und so kurz vor Schulbeginn wenig Alternativen zur Verfügung stehen, aber für die Polen ist es sicher noch einschneidender.

Viele engagierte Eltern haben versucht, mit unseren Regionalpolitikern zu sprechen, jemanden aus dem Bildungsministerium und aus dem Schulamt ans Telefon zu bekommen, es ist nicht gelungen. Wir wurden getröstet, abgeblockt und haben allzu oft sogar sehr unhöfliche, vor den Kopf stoßende Antworten bekommen.

In einer kurzfristig einberaumten Elternversammlung saßen Eltern und Gasteltern, die betroffen, schockiert und hilflos sind. Es wurden Aussagen getätigt, wie: „Ich schäme mich für dieses System, und ich

schäme mich für dieses Land“. Eltern wollen an polnische Zeitungen schreiben, um sich offiziell zu entschuldigen.

- Wäre das nicht eher Aufgabe unserer Politiker?
- Wieso fühlt sich niemand zuständig Stellung zu beziehen?
- Wieso macht sich niemand Gedanken, welchen Eindruck wir damit hinterlassen?
- Wieso interessiert sich niemand dafür, dass wir vor 2 Jahren bei einem Test mit zu den besten Schulen gehörten?
- Und wieso sind unsere Gesetze so, dass sie es zulassen Menschen vor den Kopf zu stoßen, Bildungsmöglichkeiten zu minimieren, statt auszubauen?
- Wieso beginnen wir nicht endlich mal im eigenen Land, die Bildung zu verbessern, dann bräuchten wir uns um Fachkräfte keine Gedanken zumachen?

Vor mehr als 18 Jahren hatten Menschen in unserem Teil des Landes oft Angst, ihre Meinung laut zu äußern, sie hatten Angst vor Konsequenzen. Ich habe in den letzten 3 Tagen erlebt, dass dies heute nicht anders ist, all zu viele haben auch heute diese Angst wieder.

Sie, Frau Merkel, haben davon profitiert, dass es damals Menschen gab, die Veränderung wollten und sich für diese Veränderung eingesetzt haben, und konnten Ihren Weg gehen. Nun fordern wir Sie auf:

- Schaffen Sie endlich Bedingungen, die unserer Jugend Möglichkeiten eröffnen und nicht nehmen!
- Fordern Sie alle Politiker auf, hinzuschauen und Stellung zu beziehen, sich einzusetzen, sich verantwortlich zu fühlen!

Heike Wendland

Schulelternsprecherin Storkow (Mark)

Fotos: Eltern-Schüler-Demo am 28.8.2007, von Reinhard Zielke

